

B e s c h l u s s

des

99. Ordentlichen Landesparteitages am 4./5. Januar 2006 in Stuttgart

Keine Ausweitung der EU-Datenspeicherung

Nach den bedauerlichen Anschlägen von London und Madrid wurden die Stimmen nach einer Ausweitung der Datenspeicherung innerhalb der EU lauter. Die britische EU-Präsidentschaft will noch in ihrer Amtszeit einen Beschluss forcieren.

Eine Ausweitung der Datenspeicherung ist aus Sicht der FDP Baden-Württemberg nicht vereinbar mit dem Datenschutz und liberalen Prinzipien. Deshalb lehnt die FDP folgendes ab:

(1) Speicherung von Anrufen über Festnetz und Mobilfunk bezüglich Anrufer, Angerufener, Ort, Zeit und Dauer des Gesprächs.

(2) Speicherung von nicht zustande gekommenen Anrufen

(3) Speicherung von Daten anderer Kommunikationsmöglichkeiten wie Textmitteilungen, Emails oder Internetverbindungen

Die Diskussionen um die geplanten Regelungen finden bisher nur im Ministerrat statt. Das europäische Parlament nimmt an der Beschlussfassung nicht teil. Dies ist dringend zu ändern. Nur ein gemeinsamer Beschluss von Ministerrat und Parlament kann aus Sicht der FDP Baden-Württemberg die Einhaltung der Bürgerrechte bewerkstelligen.